



Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages

Festrede

Prof. Dr. Norbert Lammert,

Präsident des Deutschen Bundestages,

„Lieux de Mémoire:

Erinnerungsorte und die Zukunft der deutsch-französischen Freundschaft“

Deutsch-Französische Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Städte Aachen und Reims und der Europäischen Stiftung Aachener Dom für Politiker, Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten und Studierende

am Freitag, den 7. April 2017 in Reims

Monsieur le Maire,
chers collègues parlementaires,
Madame la Vice-présidente de l'Assemblée nationale,
Herr Generalsekretär der Stiftung Charles de Gaulles,
Herr Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, lieber Hans-Gert,
chers amis,

merci beaucoup, Monsieur le Maire, für Ihren herzlichen Empfang. Ich freue mich sehr, hier heute vor Ihnen zu stehen und an dieser Veranstaltung teilzunehmen; und ich hoffe sehr, dass Sie dafür Verständnis haben und akzeptieren, dass ich meine Rede auf Deutsch halten werde, denn das fällt mir doch leichter und ich bin auch präziser.

Als Emmanuel Macron vor wenigen Wochen in Berlin an der Humboldt-Universität einen Vortrag zu einem sehr ähnlichen Thema wie ich heute Abend gehalten hat, hat er damit in Frankreich wütende Reaktionen erzeugt. Nicht wegen des Inhalts, den niemand zur Kenntnis genommen hat, sondern weil er in Englisch gesprochen hat; mit der plausiblen, jedenfalls praktischen Begründung – ich zitiere: – „um vom Auditorium verstanden zu werden“. Das war gut gemeint, aber offenkundig leichtsinnig, denn er hätte wissen sollen, dass in Frankreich der Verrat an der eigenen Sprache für ein ähnlich strafwürdiges Verbrechen gehalten wird wie Landesverrat.

Jedenfalls hat es seine Mitbewerberin um das Amt des Präsidenten der Republik – deren Namen mir im Moment entfallen ist (*Lachen*) – prompt in diese Kategorie gerückt. Mit Blick auf das Sprachregime sind wir in Deutschland etwas liberaler – gelegentlich leichtfertig liberal, aber zu einem Zeitpunkt, in dem Großbritannien nun definitiv erklärt hat, aus der Europäischen Union ausscheiden zu wollen, kommt es mir auch unangemessen vor, dass die verbleibenden Europäer sich untereinander just in Englisch verständigen.

Heinrich von Kleist, mein Lieblingsautor unter den großen deutschen Dichtern, hat seine Wahrnehmung des unterschiedlichen Sprachempfindens der Deutschen und der Franzosen anders formuliert als Madame de Staël, die Hans-Gert Pöttering heute Nachmittag zitiert hat. Kleist hat in einem Brief von 1801 aus Paris geschrieben: „Der Deut-



sche spricht mit Verstand, der Franzose mit Witz. Das Gespräch des ersteren ist wie eine Reise zum Nutzen; das Gespräch des anderen wie ein Spaziergang zum Vergnügen. Der Deutsche geht um das Ding herum; der Franzose fängt den Lichtstrahl auf, den es ihm zuwirft, und geht vorüber.“ Sie wissen nun, worauf Sie sich einzurichten haben, eine deutsche Rede: Nicht witzig, aber hoffentlich nützlich.

Als sich Konrad Adenauer unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und ganz kurz nach seiner übrigens überraschenden Wahl zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland in einem Interview mit der ZEIT mit der Situation, die aufgrund der beispiellosen Verwerfungen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden waren, befasste und sich auch und gerade mit dem deutsch-französischen Verhältnis beschäftigte, hat er in diesem Interview erklärt, „dass viel historisches Gestrüpp Deutschen und Franzosen die Aussicht versperrt und den Weg zueinander erschwert.“

„Historisches Gestrüpp“; „versperrte Aussichten“; „verminten Wege“ – diese Worte charakterisieren, jedenfalls mit Abstand, den größeren Teil der gemeinsamen Erfahrungen, die Deutsche und Franzosen miteinander gemacht haben, leider ziemlich gut. Und damals wird er selber sich auch nicht haben vorstellen können, dass er dreizehn Jahre später mit einem französischen Staatspräsidenten zusammen in der Kathedrale von Reims eine Versöhnungsmesse feiern würde.

Ich ging damals zur Schule und erinnere mich an die Fernsehübertragung als ein – auch für uns junge und, wenn überhaupt, gerade erst politisierte junge Leute – Ereignis von prägender symbolischer Wirkung. Auch diejenigen, die nicht dabei waren, es nur vom Hörensagen erfahren haben oder es am Fernsehgerät mitverfolgen konnten, hatten das beinahe sichere Gefühl: Hier beginnt heute ein neuer Abschnitt der Beziehungen zwischen zwei Ländern. Nach dieser gemeinsamen Messe kann nicht mehr alles so sein, wie es bis dahin war. An dem Tag ist übrigens kein Vertrag unterzeichnet worden. Es ist eine Veränderung durch Gesten gewesen. Und während manche Verträge inzwischen – übrigens zu Recht – längst vergessen sind, hat dieses Ereignis seinen historischen Rang nicht nur bewahrt, sondern – mit wachsendem zeitlichem Abstand – eher an Bedeutung zugenommen.

Ich bin gebeten worden, mich im Rahmen dieser Konferenz mit historischen Lektionen und aktuellen Herausforderungen im deutsch-französischen Verhältnis zu beschäftigen. Das ist eine gut gemeinte, aber natürlich aussichtslose Aufgabenstellung, die mit diesem enzyklopädischen Anspruch selbst dann nicht überzeugend zu bedienen wäre, wenn ich die gesamte Redezeit zur Verfügung hätte, die alle nachfolgenden Redner während dieser Konferenz mindestens in Restbeständen glauben, für sich reklamieren zu können. Deswegen bitte ich um Nachsicht, dass ich mich mit eher mutwilligen, aber gut gemeinten Schlägen durch das historische Gestrüpp begeben, von dem Konrad Adenauer 1949 gesprochen hat. Und, Herr Oberbürgermeister, ich werde nicht bei Karl dem Großen beginnen – was auch seinen Reiz hätte –, sondern deutlich später, mit einem Ereignis, das in diesem Jahr in Deutschland eine ganz besondere Aufmerksamkeit findet, das aber



natürlich auch mehr als ein deutsches Ereignis war: nämlich dem Reformationsjubiläum.

500 Jahre Reformation. Das ist zweifellos ein herausragendes Ereignis der Kirchengeschichte. Und es ist ganz ohne Zweifel ein bedeutendes Ereignis der deutschen Nationalgeschichte. Es ist aber mindestens so sehr auch ein herausragendes Ereignis der europäischen Kulturgeschichte. Dass Martin Luther die von ihm angezettelte Reformation, die selbst für den verbohrtesten Katholiken zweifellos überfällig war, als Person überhaupt überlebt hat, und nicht – wie die meisten seiner Vorgänger mit ähnlich gut gemeinten, ähnlich dringenden Anliegen – als Ketzer auf dem Scheiterhaufen endete, verdankte er nicht nur dem Schutz deutscher Reichsfürsten und deren Partikularinteressen gegenüber dem deutschen Kaiser, sondern auch der Tatsache, dass der damalige deutsche Kaiser Karl V. im Krieg mit Franz I. von Frankreich um Oberitalien stand und an der Ostgrenze des Reichs die Osmanen abzuwehren suchte, die damals für noch bedrohlicher gehalten wurden als die Protestanten.

Der Blick auf 500 Jahre Reformation ist aber nicht nur kirchengeschichtlich und kulturgeschichtlich von großer Bedeutung. Er ist auch und insbesondere deswegen von aktueller Bedeutung, weil wir damals zum ersten Mal das erlebt und längst wieder verdrängt haben, was uns heute an anderen Plätzen auf dem Globus in grausamer Weise wieder einholt: die gnadenlose Instrumentalisierung der Politik für religiöse Zwecke und umgekehrt die Instrumentalisierung der Religion für politische Anliegen. Das, was viele von uns heute in der islamischen Welt mit Erstaunen und mit Entsetzen als scheinbar unerhörtes, nie gekanntes Ereignis gnadenloser Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten mit politischen Zielen erleben, ist historisch betrachtet so etwas wie die Reprise von Themen und Durchführungen, deren Uraufführung im christlichen Abendland stattgefunden hat – einschließlich der Enthauptung und Verbrennung von Andersgläubigen.

Die Spaltung der Christenheit hatte damals gravierende politische und soziale Folgen in Deutschland wie in Frankreich – nicht zuletzt einen vierzig Jahre währenden Bürgerkrieg in Frankreich und den berühmt-berüchtigten Dreißigjährigen Krieg, der das, was man damals eher unter einer Sammelbezeichnung „Deutschland“ nannte, sowie die Nachbarregionen in einer bis dahin beispiellosen Weise verwüstet hatte.

Eine der handfesten Folgen dieser religiösen Auseinandersetzungen waren die Hugenottenkriege mit Konsequenzen sowohl für die innenpolitische Entwicklung Frankreichs wie – unbeabsichtigt, aber mit gewaltiger Wirkung – für den Aufstieg Brandenburg-Preußens als einer der kommenden, führenden europäischen Mächte. Allein diese historische Entwicklung, die religiösen und ideologischen Hintergründe, die bewussten und unbewussten Wirkungen von Akzeptanz und Verweigerung der Akzeptanz von Überzeugungen wären es wert, jetzt länger und intensiver betrachtet zu werden.

Ich will im Augenblick nur festhalten, dass wir damals nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal in Europa erlebt haben, was uns heute wieder zu Unrecht neu und unzu-



mutbar erscheint: Migration innerhalb Europas und nach Europa, riesige Flüchtlingsströme, auf die die damaligen Gesellschaften ganz sicher nicht besser vorbereitet waren als wir heute. Oder umgekehrt: Dass wir uns pausenlos einreden, wir wären mit einer Migrationsherausforderung konfrontiert, die in Ausmaß und Wirkung alle bisherigen Beispiele überböte, ist schlicht unaufgeklärt. Und für die Bewältigung ähnlicher Herausforderungen, wie es sie früher gab, haben wir heute allemal bessere Voraussetzungen, als sie damals bestanden.

Zu einer anderen interessanten, spannungsreichen Verbindung deutsch-französischer Beziehungen und auch einer Verbindung von Luther, Frankreich und Deutschland ist es dreihundert Jahre später beim sogenannten Wartburgfest gekommen: einer Veranstaltung zur Erinnerung an die Reformation, die aber damals ganz unter dem Eindruck der europäischen Besetzung durch Napoleon und der Befreiungskriege gegen Napoleon gestanden hat und auf der deutsche Studenten, die sich als Avantgarde einer freiheitlichen Nationalbewegung verstanden, das Lutherjubiläum mit der Erinnerung an die Befreiungskriege gegen das napoleonische Frankreich verbunden haben.

Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das weder heilig war noch römisch und eigentlich auch nicht deutsch – und ob es ein Reich war, darüber streiten die Historiker ohnehin bis heute – bestand damals kein Staat, schon gar kein Nationalstaat. Aus der Einladung zum Wartburgfest durch die studentischen Burschenschaften ergibt sich die Motivation der Veranstalter. Ich zitiere: „Der Himmel segne unser gemeinsames Streben, ein Volk zu werden, das voll der Tugenden der Väter und Brüder durch Liebe und Eintracht die Schwächen und Fehler beider beseitigt.“ „Ein Volk zu werden“ – nicht: „ein Staat“. Nicht: „eine Nation“. Ob diese begriffliche Unterscheidung damals eher zufällig oder ganz bewusst war, dazu kann ich Ihnen jetzt leider keine hinreichend authentische Auskunft geben. Aber dass es damals in Deutschland – im Unterschied zu Frankreich – zwar eine erstaunliche Ansammlung von mal mehr, meist weniger selbstständigen Territorialstaaten gab, aber eben keinen deutschen Nationalstaat, das kann ich als bekannt voraussetzen.

Und damit kommen wir zum wahrscheinlich wichtigsten und dichtesten Gestrüpp, das es im deutsch-französischen Verhältnis in der jüngeren Geschichte überhaupt gegeben hat: Nämlich die Gründung eines deutschen Nationalstaates als Ergebnis einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Preußen und seinen Nachbarn. „Einigungskriege“ hat man das damals genannt. Die Begabung, für entsetzliche Ereignisse beschwichtigende Formulierungen zu finden, war schon ähnlich weit entwickelt wie heute. Jedenfalls brauchte es drei Kriege – gegen Dänemark, gegen Österreich und gegen Frankreich –, um einen deutschen Nationalstaat zu gründen, der dann – man möchte fast sagen – beinahe folgerichtig nicht in Berlin ausgerufen wurde, sondern im Spiegelsaal von Versailles. Das war der Zustand Europas, auch noch am Ende des 19. Jahrhunderts. Und aus dem kraftstrotzenden Selbstbewusstsein seit Jahrhunderten bestehender und neu hinzukommender Nationalstaaten und ihrer kopflosen Rivalität ist dann schließlich die Auseinandersetzung geworden, die in den Ersten Weltkrieg mündete.



Ich brauche eigentlich die nächsten Hindernisse im deutsch-französischen Verhältnis gar nicht zu nennen. Auf den Waffenstillstand im Wald von Compiègne folgte ein Friedensvertrag, der mit spiegelbildlicher Folgerichtigkeit wieder in Versailles unterzeichnet wurde. Er hat den Frieden weder ernsthaft stiften wollen, noch sichern können. Er war ein Dokument des Verhältnisses der europäischen Staaten zueinander und hatte nichts zu tun mit der Vorstellung von einer gemeinsamen europäischen Zukunft. Ein Jahr zuvor, mitten im Ersten Weltkrieg, hatte Thomas Mann, einer unserer großen deutschen Autoren, an seinen Betrachtungen eines Unpolitischen gearbeitet – mit dem originellen Ansatz, die deutsche Kultur gegen die französische Zivilisation in Stellung zu bringen. Das ist – gefühlt – ewig lange her. Es liegt jedenfalls jenseits unserer eigenen biografischen Erfahrung.

Aber wer sich über den heutigen Zustand Europas im Allgemeinen und über das deutsch-französische Verhältnis einschließlich der kleinen Gebüsche, die es immer noch gibt, eine halbwegs zutreffende Vorstellung machen will, muss die Etappen im Bewusstsein haben, die wir hinter uns bringen mussten, um überhaupt zu den vergleichsweise komfortablen Schwierigkeiten zu kommen, mit denen wir heute zu tun haben. Für die allermeisten – wenn nicht für alle – Probleme, die es heute in Deutschland wie in Frankreich zweifellos gibt, würden sich frühere Generationen beglückwünschen.

Im März diesen Jahres, 2017, hat der französische Schriftsteller und Übersetzer Mathias Énard den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung erhalten. Und er hat eine bemerkenswerte Dankrede gehalten, aus der ich Ihnen einige wenige Sätze zitieren möchte, weil sie den Kern dessen reflektieren, was Gegenstand dieser Konferenz sein soll: Erinnerungskultur. „Es scheint so“, sagt Mathias Énard, „es scheint so als hätten die politischen Kommentatoren dieser Tage vergessen, wer Europa war und was Europa bedeutet. Europa war eine libanesischen Prinzessin, die an einem Strand bei Sidon von einem Gott des Nordens entführt wurde, der sie begehrte: Zeus. Europa, Tochter König Agenors, hat nie einen Fuß auf unsere Landstriche gesetzt. Europa hat ihr Leben im südöstlichen Mittelmeerraum zwischen Phönizien und Kreta verbracht. Europa ist eine illegale Einwanderin. Eine Ausländerin. Eine Kriegsbeute. Ihre Geschichte ist eine Mittelmeergeschichte, eine Geschichte von Begehren und Eroberung. Diese Metapher für die Geschichte Europa lehrt uns vieles: wir tragen ihren Namen. Europa ist begehrtestenswert. Europa ist orientalisches.“

Das kommt uns jetzt auch wieder ein bisschen übertrieben vor. Natürlich ist dies eine Zuspitzung, eine Verkürzung der Geschichte Europas. Aber sie macht deutlich, welche Vereinfachungen und Verkürzungen wir uns in Europa inzwischen längst angewöhnt haben. „Leider“, – zweites Zitat aus dieser Dankrede – „leider vergessen wir diese Erzählungen viel zu oft. Wir vergessen, dass Europa, die Königstochter, an den südöstlichen Ufern des Mittelmeers geboren wurde, dass der Mittelmeerraum – der kulturelle und sprachliche Raum, den seine Ufer bilden – ein äußerst lebendiger und wichtiger Teil unserer Geschichte ist, und dass Europa – wenn es diesen Teil vergisst und eine ausschließliche Identität schafft, wie man sich in einen Mantel der Einbildung hüllt – sich selbst zu einer Art Einsamkeit verdammt. Eine Festung wider Willen.“ Ende des Zitats.



Einbildung, Einsamkeit, Festung – damit sind wir dann in der Gegenwart angekommen, die allerdings einen Zweiten Weltkrieg brauchte, bis die Einsichten, die einige wenige rechtzeitig hatten, die Mindestvoraussetzungen für ihre Realisierbarkeit bekamen. Carl von Ossietzky – der mit manchen überragenden Zeitgenossen das Schicksal teilt, dass er erst lange nach seinem Tod populär wurde – hat 10 Jahre nach Thomas Mann, 1927, in den Turbulenzen der Weimarer Republik mit Blick auf ein – wie er überzeugt war – notwendigerweise anders zu organisierendes Europa geschrieben: „Es gibt nur ein Bündnis, das gut und organisch gewachsen wäre: das deutsch-französische. Das wäre die erste und einzige unter allen alten und neuen Allianzen, die sich nicht gegen einen dritten richtet. Es wäre die Allianz für Europa.“ Damit war er seiner Zeit offenkundig noch um drei Jahrzehnte voraus.

Als dann 1946 Winston Churchill nach dem Zweiten Weltkrieg seine berühmte Züricher Rede an die Jugend Europas hielt, und in dieser – zur allgemeinen Überraschung – zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa aufrief, benannte er dabei zwei Voraussetzungen, die auch erst sehr viel später in ihrer Bedeutung richtig wahrgenommen wurden: Erstens sei die Voraussetzung zur Schaffung von so etwas wie den Vereinigten Staaten von Europa die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Ohne diese Allianz sei Europa nicht möglich. Und zweitens würde Großbritannien diese Entwicklung mit Interesse und Sympathie begleiten und beobachten, sei aber selbstverständlich nicht Teil dieser Veranstaltung – ein Irrtum, der sich offenkundig als Vermächtnis aller seiner Nachfolger im Amt fortgesetzt hat und in den denkwürdigen Beschluss mündet, den vor wenigen Tagen seine jetzige Nachfolgerin im Amt in Brüssel notifiziert hat.

In diesem Jahr feiern wir – mit gebremster Begeisterung – den 60. Geburtstag der Römischen Verträge. Und alle, die an den Feierlichkeiten zum 50. Jubiläum der Europäischen Union teilgenommen haben – wie Hans-Gert Pöttering als damaliger Präsident des Europäischen Parlaments –, werden sich lebhaft daran erinnern, wie ganz anders die Stimmung vor zehn Jahren war. Was sich seitdem verändert hat, ist weniger die Zusammensetzung der Europäischen Union, wohl aber offenkundig das Verhältnis der Mitglieder untereinander. Die Stimmung ist eine völlig andere. Und die Verhältnisse auch. Wir leben im Augenblick in einem – zweifellos freundlich formuliert – unbefriedigenden Zustand dieser Europäischen Union, der doppelt unbefriedigend ist, weil er in einem so grotesken Missverhältnis zu den Aufgaben steht, die wir gemeinsam bewältigen müssen – und überhaupt nur gemeinsam bewältigen können. Aber gerade weil das so ist, ist es gelegentlich auch erforderlich, sich bewusst zu machen, dass wir zum ersten Mal überhaupt in der europäischen Geschichte in einer Gemeinschaft europäischer Staaten leben, die ausnahmslos demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen haben. Diesen Zustand hat es in der zweieinhalbtausendjährigen europäischen Geschichte vorher nie gegeben.

Dass die Staaten in Europa heute ganz selbstverständlich ihr Verhältnis zueinander durch Verträge kodifizieren und jeweils selbstständig entscheiden, ob und was sie an Aufgaben gemeinsam wahrnehmen wollen und welche Verantwortung sie auf welche



Institutionen übertragen wollen, das zeigt den historischen Quantensprung, den Europa im letzten guten halben Jahrhundert hinter sich gebracht hat. Selbst da, wo sich Europa und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an selbstvereinbarte Regeln nicht halten, tun sie es immerhin im Bewusstsein eines Regelverstößes – was ich nun ausdrücklich nicht als Verharmlosung dieses Vorganges meine und schon gar nicht zur Wiederholung empfehle. Dennoch macht auch das deutlich, dass es bei allen Auseinandersetzungen, Problemen, auch mutwilligen Ausbrüchen in Europa ein Grundverständnis über das gibt, was für alle gelten muss und soll – auch und gerade dann, wenn es in konkreten Situationen schwerfällt. Wir haben nach meiner festen Überzeugung – auch unter Berücksichtigung der jüngeren Entwicklung und ihrer Unzulänglichkeiten – heute in Europa bessere Voraussetzungen als jemals zuvor, den Herausforderungen gerecht zu werden, vor denen wir stehen. Wir müssen erstens nur begreifen, dass es sie gibt. Und zweitens, dass wir sie lösen können. Wenn wir sie nicht lösen, haben wir jedenfalls keine Ausrede mehr. Wenn wir sie nicht lösen, haben wir es nicht gewollt. Deutschland und Frankreich haben in dieser Entwicklung Europas über die Jahrhunderte hinweg und mit zunehmender Annäherung an die Gegenwart in immer stärkerem Maße die Schlüsselrolle der Entwicklung auch in unseren jeweiligen Nachbarländern und Nachbarregionen innegehabt. Das, was in Europa gründlich misslungen ist, hatte regelmäßig mit deutsch-französischen Rivalitäten zu tun. Und das, was gelungen ist, eben auch.

In diesem Jahr finden in beiden Ländern Wahlen statt: in wenigen Wochen in Frankreich Präsidentschaftswahlen, anschließend Wahlen zur Assemblée Nationale; im September Bundestagswahlen in Deutschland. Weder steht Konrad Adenauer in Deutschland zur Wahl, noch Charles de Gaulle in Frankreich – was keine sonderlich originelle Bemerkung ist, ich gebe es zu. Aber vielleicht ist eine Spur origineller der Hinweis, dass deren gemeinsames Vermächtnis sehr wohl zur Wahl steht – sowohl in Frankreich, wie in Deutschland.

Wie die Wahlen in Deutschland ausgehen werden, kann ich unseren französischen Kollegen leider nicht mit der gebotenen Präzision sagen. Aber eines kann ich Ihnen ziemlich sicher sagen: Wenn der nächste französische Staatspräsident in Deutschland gewählt würde, wüsste ich, wer es würde. Er wird aber in Frankreich gewählt, deshalb bleibt ein gewisses Restrisiko, das hoffentlich am 7. Mai ausgeräumt ist.

Die Spekulation ist reizvoll und sie muss natürlich eine Spekulation bleiben – wie wohl diese beiden großen, alten Männer, die unsere beiden Länder stärker geprägt haben als irgendjemand sonst, in der inzwischen gründlich veränderten Welt zurechtkämen, die wir im 21. Jahrhundert vorfinden. Die damalige Auseinandersetzung über ein Europa der Vaterländer, ein Europa der Nationen und Nationalstaaten hat nach wie vor einen beträchtlichen rhetorischen und ideologischen Reiz und ist in der Substanz durch die Veränderungen, mit denen wir heute zu tun haben, nicht überholt, aber weitgehend von ihnen überlagert worden.



In Zeiten der Globalisierung verlieren alle Nationalstaaten – alle! – zunehmend genau diese Souveränität, die sie jahrhundertlang für den Kern ihres Geschäftsmodells gehalten haben. Globalisierung bedeutet politisch, dass niemand mehr Herr seiner eigenen Angelegenheiten ist; sondern bei der Bestellung seiner eigenen Geschäfte in einer gelegentlich angenehmen, manchmal aber auch höchst unangenehmen Weise von anderen abhängig. Weil das so ist, finden viele Zeitgenossen Globalisierung auch gar nicht so toll, sondern mindestens diffus, manche sogar als bedrohlich. Das diffuse Gefühl, Zuständigkeiten zu verlieren, weil sie abwandern, weil sie in Zeiten der Digitalisierung und der Beeinflussbarkeit von Rahmenbedingungen durch Dritte von beliebigen Standorten auf diesem Globus nicht mehr national mit Erfolg reklamiert werden können.

Eine der klügsten, jedenfalls prägnantesten Bemerkungen, die ich je zum Thema Globalisierung gehört habe, stammt von dem bekannten französischen Intellektuellen Alain Minc, der schon vor etwa zehn Jahren in einem Interview gesagt hat, Globalisierung sei für die Wirtschaft heute ziemlich genau das, was die Schwerkraft für die Physik sei: man müsse sie nicht mögen, aber man solle sich besser darauf einstellen. Prägnanter kann man's kaum sagen.

Ob ich Globalisierung gut oder schlecht finde, ist ein interessantes, aber heute ein eher unerhebliches Thema. Es empfiehlt sich sehr, dass wir uns darauf einstellen, dass sie stattfindet. Und dass wir eine Antwort darauf finden, wenn wir nicht wollen, dass andere darüber befinden, was für uns gelten soll. sondern wenn wir selber einen Einfluss auf die Geschäftsbedingungen unserer eigenen Zukunft behalten wollen. Die mit Abstand intelligenteste Antwort, die auf diesem Globus auf die Herausforderung der Globalisierung bisher gefunden wurde, ist Europa.

Der europäische Einigungsprozess, als der höchst anspruchsvolle, komplizierte, ärgerliche, gestrüppreiche Weg, Souveränität zu teilen, um durch Übertragung von Verantwortung einen möglichst großen Rest an Einfluss auf die eigene Zukunft zu behalten.

Das werden später Historiker – nach meiner festen Überzeugung – einmal als eine der größten Innovationen in der politischen Geschichte der Menschheit festhalten. Ärgerlicherweise befinden wir uns im Augenblick in einem Zustand, in dem eine beachtliche Zahl von Mitgliedsländern dies nicht mehr begreifen will, weil diese Mitglieder mit einer verzweifelten Wut Zuständigkeiten für sich reklamieren, ohne zu sehen, dass sie längst verlorengegangen sind und dass wir sie entweder gemeinsam mit Erfolg wahrnehmen oder gar nicht. Deswegen ist die deutsch-französische Zusammenarbeit als die Zusammenarbeit zwischen zwei der größeren Länder in dieser europäischen Völker- und Staatenfamilie heute vielleicht sogar noch wichtiger, als sie es damals war. Denn wenn zwei Staaten von dieser Größe, die gleichwohl im globalen Maßstab überschaubare Größenordnungen haben – es gibt etwa 20 Mal so viele Chinesen wie Deutsche, um sich mal nur in Größenordnungen einzufinden – wenn jedenfalls zwei offenkundig größere Völker und Staaten in Europa nicht nur begriffen haben, dass es so ist, wie es ist, sondern daraus gemeinsame Schlussfolgerungen für eine gemeinsame Zukunft ziehen, dann hat das



nicht nur exemplarische, sondern operative Bedeutung für den weiteren Prozess in Europa.

Natürlich beobachten wir seit geraumer Zeit, dass die faktische Schlüsselrolle, die Deutschland und Frankreich für jede europäische Entwicklung längst innehaben, von manchen anderen Ländern als Zumutung empfunden wird – weil sie sich entweder hingehalten fühlen, solange es keine deutsch-französische Einigung gibt, oder bevormundet, sobald eine solche Einigung zustande gekommen ist. Beides ist verständlich. Aber wenn die Europäische Union nicht auf der Stelle treten, sondern vorankommen will, dann muss sie geführt werden. Und da Europa keinen Dominator mehr erträgt – Napoleon nicht und Hitler nicht und Stalin nicht – und weil es eine Führungsmacht nicht akzeptiert, muss es mindestens zwei geben. Und wer eigentlich sonst, als Deutschland und Frankreich, muss genau diese Rolle spielen?!

So, meine Damen und Herren, das war jetzt eine deutsche Rede zu Europa. Wenn Sie unter dem Gestrüpp der Lektionen dennoch den einen oder anderen Lichtstrahl aufgefangen haben, halten Sie ihn unbedingt fest.